

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christina Schenk und der Fraktion der PDS

Gewalt gegen Lesben

Statistisch wird Gewalt gegen Lesben bisher nicht erfaßt. Vielfach wird bezweifelt, daß Lesben aufgrund ihrer homosexuellen Lebensweise zur Zielscheibe von gewalttätigen Übergriffen und Diskriminierungen werden. Es dominiert die Auffassung, daß es sich um Gewalt gegen Frauen im allgemeinen handelt, die mit der Lebensweise oder sexuellen Orientierung kaum etwas zu tun hat. Dadurch wird Gewalt gegen Lesben gesellschaftlich tabuisiert. Wenn Lesben – was selten genug vorkommt – Anzeige erstatten, machen sie häufig die Erfahrung, daß die Delikte von Polizeibeamten bagatellisiert werden. In Berlin wurde 1998 die bundesweit erste Studie zum Thema Gewalt gegen Lesben vorgelegt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Umfang von Gewalttaten gegenüber Lesben?
2. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß Kinder stellvertretend für ihre lesbischen Mütter Opfer von Gewalttaten werden?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die gesellschaftlichen Ursachen der Gewalt gegen Lesben vor?
4. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die individuellen Motive der Täter antilesbischer Gewalt vor?
5. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über das Geschlecht sowie die Alters- und Sozialstruktur der Täter von Gewalt gegen Lesben vor?
6. Was sind nach Auffassung der Bundesregierung die Ursachen für die bisherige gesellschaftliche Tabuisierung und Bagatellisierung von Gewalt gegen Lesben?
7. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um umfassend Aufschluß über den Umfang, die Art, die Verfolgung und Bestrafung von Gewalttaten gegen lesbische Frauen geben zu können?
8. Welche Unterstützungsangebote für die von antilesbischer Gewalt betroffenen Frauen hält die Bundesregierung für notwendig, und wie wird sie sich für deren finanzielle Absicherung einsetzen?

9. Welche Maßnahmen und Kampagnen zur Bekämpfung (einschließlich Prävention) von Gewalt gegen Lesben hält die Bundesregierung für erforderlich?
Welche wird sie in dieser Legislaturperiode ergreifen?
10. Mit welchen Lesbenprojekten und -organisationen wird die Bundesregierung bei der Konzipierung von Maßnahmen und Kampagnen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Lesben zusammenarbeiten?

Bonn, den 2. März 1999

Christina Schenk
Dr. Gregor Gysi und Fraktion